
Datum:
04.10.2010
Telefon/Kl.:
07242/235-4160
Anschrift:
Stadtplatz 1, 4600 Wels

Pressekonferenz mit

Vzbgm. Dr. Bernhard Wieser
StR. Dr. Andreas Rabl

FPÖ: Integration ist Pflicht, SPÖ-Multikulti-Politik ist gescheitert

I. Ausgangslage

Integration ist - insbesondere für Städte mit einem hohen Migrationsanteil - eine unverzichtbare politische Aufgabe. Daher sind angemessene Maßnahmen zu entwickeln und anzuwenden sowie die dafür erforderlichen Ressourcen bereitzustellen.

In unserer Stadt Wels, einer Stadt mit insgesamt 10.763 Ausländer aus insgesamt 106 Nationen (Stichtag 01.01.10) und einem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von 28 bis 30 %, in einer Stadt, in der die Integrationsthematik in der Vergangenheit viel zu sehr vernachlässigt wurde, muss daher dringend das Thema Integration einen viel entscheidenderen Stellenwert einnehmen.

Alle Welser Parteien wurden vom Bürgermeister gebeten, Vorschläge für Integrationsmaßnahmen in unserer Stadt zu erarbeiten und ihm zu übermitteln. Die Freiheitlichen haben den über 30 Maßnahmen enthaltenden Katalog am 10. Mai 2010 Herrn Bürgermeister Dr. Koits zukommen lassen.

Ende September wurde nun ein Maßnahmenkatalog vom Büro für Frauen, Gleichbehandlung und Integration an die Mitglieder des Integrationsausschusses übermittelt.

II. Maßnahmenkatalog der Stadt Wels

Grundsätzlich war die Vorgehensweise des Bürgermeisters, von allen Parteien Vorschläge einzuholen, begrüßenswert, doch wozu wurden Vorschläge von uns eingebracht, wenn diese bei der Erarbeitung des Konzepts völlig unberücksichtigt blieben?

Die Hauptforderungen in diesem Papier scheinen bei der Mehrsprachigkeit zu liegen – Broschüren in mehreren Sprachen (zB im Bereich der Bildung mit der Broschüre „Wohin nach der Volksschule“, „Wohin nach der Hauptschule“), die Errichtung von Dolmetschpools, mehrsprachige Informationsblätter im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, mehrsprachige Sozialratgeber, mehrsprachige Informationen zur Bedeutung des Hausarztes etc.

Wie das Projekt „Hinschauen statt Wegschauen“ der LAWOG zeigte, ist es absolut nicht notwendig, alle Informationen mehrsprachig aufzulegen. Angebotene Hilfen bei sprachlichen Problemen wurden bei diesem Projekt zur Wohnqualitätssteigerung nicht in Anspruch genommen, Sprachprobleme wurden selbständig im Familien- oder Nachbarschaftskreis gelöst. Der Ansatz der Stadt Wels, Informationen mehrsprachig zu publizieren bzw. Dolmetschpools einzurichten, ist daher kontraproduktiv.

Von Menschen, die dauerhaft in Wels leben wollen, erwarten wir, die Welser FPÖ, dass sie sich dazu bereit erklären, sich für die hier geltende Gesellschaftsordnung zu öffnen und ihren Teil zur Entwicklung beizutragen: Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration im Berufsleben, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Zu dieser Entwicklung gehört jedoch nicht nur der Erwerb der deutschen Sprache, sondern auch das Engagement, das individuell Mögliche zu tun, um die Voraussetzungen für ein zufriedenstellendes Zusammenleben selbständig zu erfüllen.

Wir Freiheitlichen finden auch die Maßnahme „Umgestaltung der Stellenbewerbungen, zB Hinweis darauf, dass Bewerbungen von bestimmten Zielgruppen erwünscht sind“ im Bereich „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ nicht zielführend. In der Wirtschaft müssen Qualifikation und Leistung zählen, nicht eine „gewünschte Zielgruppe“.

Darüber hinaus sollte man es der Wirtschaft selbst überlassen, nach welchen Kriterien sie Inserate schaltet.

Nur ganz selten finden sich auch von den Freiheitlichen gemachte Integrationsvorschläge in diesem Papier, wie zB die Forcierung von Sprachkursen für Eltern und Erwachsene. Hierbei wäre

es jedoch wichtig, Kriterien festzulegen, dass diese Kurse auch zu Ende gemacht werden und der Kurs jetzt nicht vorzeitig aufgrund von Teilnehmerschwund beendet werden muss, wie dies in bestimmten Stadtteilen bereits der Fall war.

Als weitere freiheitliche Forderung wurde in das Papier das Ziel aufgenommen, „Vereine aller Art, die Jugend- bzw. Integrationsarbeit leisten, zu unterstützen und zu fördern“. Einige dabei von den Freiheitlichen gestellte und durchaus nützliche Forderungen wurden jedoch auch hier außen vor gelassen, zB „Integrationstrainer“.

III. Forderungen der Freiheitlichen

Freiheitliche Forderungen, wie zB die Einführung von Integrationsklassen, die Beschränkung von Kindern mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen in Schulen und Kindergärten auf 30 %, die Einführung einer Ausländerhöchstquote von 25 % in Wohnblocks sowie Deutschkenntnisse für den Erhalt einer Genossenschaftswohnung wurden in den Integrationskatalog der Stadt nicht aufgenommen.

Wir fordern, dass Integrationsklassen und Kindergartengruppen eingerichtet werden, die schwerpunktmäßig in Deutsch unterrichtet werden. Sobald die Kinder in der Lage sind, dem Unterricht zu folgen, sollten sie in Regelklassen integriert werden.

Integration in Vereinen ist sehr wichtig, doch entscheidend dabei ist, dass die Integration nicht in „Ausländervereinen“ stattfinden darf, sondern in Vereinen, die sich der österreichischen Sprachkulturgemeinschaft zugehörig fühlen. Als Anreiz dafür soll ein Förderpreis für Integrationsarbeit in Vereinen geschaffen bzw. eigens geschulter Integrationstrainer in Vereinen eingesetzt werden.

Eine Ausländermaximalquote sowohl in Wohnblocks als auch in Wohnbezirken von 25 % wäre ein wichtiges Kriterium, um die Situation in bestimmten Wohnvierteln zu entschärfen. Weiters sind strengere Kontrollen von Vorschriften in Wohnbereichen wichtig.

Mediatoren, Begrüßungs- und Pflichtenpakete, Einführung und Teilnahme an einem Integrationsprogramm, Integrationsverträge und –ausweise, dies alles wären freiheitliche Forderungen, die bei der Erarbeitung des Maßnahmenkatalogs der Stadt außen vor gelassen wurden, jedoch für die Integration in unserer Stadt wichtige Anhaltspunkte wären.